

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 19. Dezember 1956

Blatt 2629

Stadtkassen bis 31. Dezember geschlossen

=====

19. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten von Morgen, Donnerstag, den 20. Dezember, bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

Personalnachricht

=====

19. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Stadtbaurat Dipl. Ing. Otto Mazal zum Oberstadtbaurat ernannt.

- - -

Neue Einbahnen auf dem Neubau und in Fünfhaus
=====

19. Dezember (RK) Zur Verbesserung des Verkehrs hat heute die Wiener Landesregierung auf Antrag von Stadtrat Afritsch wieder mehrere Einbahnen beschlossen.

Im 7. Bezirk werden folgende Straßen, bzw. Straßenteile zu Einbahnstraßen erklärt und dürfen nur in der angeführten Richtung befahren werden: Lindengasse, in der Richtung von der Stiftgasse zur Schottenfeldgasse; Seidengasse, in dem Teil und in der Richtung vom Neubaugürtel zur Zieglergasse; Stollgasse, in der Richtung von der Schottenfeldgasse zum Neubaugürtel.

Im 15. Bezirk gibt es folgende Einbahnen: Arnsteingasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Mariahilfer Straße; Braunhirschengasse, Teil zwischen Sechshauser Straße und Oelweingasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Oelweingasse; Clementinengasse, Teil zwischen Mariahilfer Straße und Turnergasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Turnergasse; Dadlergasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Grimmigasse; Diefenbachgasse, Teil zwischen Ullmannstraße und Stiegergasse, in der Richtung von der Ullmannstraße zur Stiegergasse; Dreihausgasse, Teil zwischen Sechshauser Straße und Oelweingasse, in der Richtung von der Oelweingasse zur Sechshauser Straße; Fünfhausgasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Clementinengasse; Fuchsgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Langauergasse; Geibelgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Sechshauser Straße; Herklotzgasse, Teil zwischen Turnergasse und Reindorfgasse, in der Richtung von der Turnergasse zur Reindorfgasse; Karmeliterhofgasse, in der Richtung von der Viktoriagasse zur Mariahilfer Straße; Kellinggasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Ullmannstraße; Kohlenhofgasse, in der Richtung von der Gasgasse zur Mariahilfer Straße; Kranzgasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Mariahilfer Straße; Kürnbergergasse,

in der Richtung vom Sparkassaplatz zur Sechshauser Straße; Oelweingasse, in der Richtung von der Reindorfgasse zur Hollergasse; Oesterleingasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Viktoriagasse; Palmgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zum Mariahilfer Gürtel; Pillergasse, in der Richtung von der Kellinggasse zur Linken Wienzeile; Rauchfangkehrergasse, Teil zwischen Kellinggasse und Sparkassaplatz, in der Richtung von der Kellinggasse zum Sparkassaplatz; Rosinagasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Zwölfergasse; Sperrgasse, in der Richtung von der Grenzgasse zur Mariahilfer Straße; Talgasse, in der Richtung von der Clementinengasse zur Mariahilfer Straße; Turnergasse, Teil zwischen Mariahilfer Straße und Dingelstedtgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Dingelstedtgasse und Teil zwischen Clementinengasse und Sechshauser Straße, in der Richtung von der Clementinengasse zur Sechshauser Straße; Viktoriagasse, in der Richtung von der Oesterleingasse zur Sperrgasse und in der Richtung von der Oesterleingasse zur Grenzgasse; Würffelgasse, in der Richtung von der Viktoriagasse zur Mariahilfer Straße; Zwölfergasse, in der Richtung von der Rosinagasse zur Mariahilfer Straße.

Die neuen Verkehrsverbesserungen treten mit der Aufstellung der Verkehrszeichen in Kraft.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

19. Dezember (RK) Donnerstag, den 20. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer die Sprechstunden.

- - -

202.000 Schilling für Sportvereine

=====

19. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag von Stadtrat Mandl Subventionen aus den Wiener Sportfonds für nicht weniger als 50 Sportvereine in der Gesamthöhe von 202.000 Schilling bewilligt. Davon sind 133.500 Schilling für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen, der Rest für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes vorgesehen. Es erhalten unter anderem die UNION-Sportanlage Schönbrunn 25.000 Schilling, die ALSW-Sportanlage Hietzing-Speising 21.000 Schilling, die ASKÖ-Sportanlagen Atzgersdorf, Freudenau und Hörndlwald je 20.000 Schilling und die Sportanlage des Österreichischen Hockeyverbandes 10.000 Schilling.

- - -

Der Weihnachtstisch ist reich gedeckt

=====

Die Wiener Märkte sind ausreichend versorgt

19. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien übermittelte der "Rathaus-Korrespondenz" einen ausführlichen Überblick über die Beschickung des Weihnachtslebensmittelmarktes, aus dem hervorgeht, daß auch heuer auf dem Feiertagstisch der Wiener nichts fehlen wird.

Der Fischmarkt ist mit 300 Tonnen inländischen, jugoslawischen und böhmischen Karpfen, ferner mit 500 Tonnen Seefischen ausreichend versorgt. Dem Geflügelhandel werden neben inländischen Gänsen, Enten und Hühnern noch 500 Tonnen Geflügel aus Bulgarien, Holland und Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn zur Verfügung stehen.

Für den zweifellos erhöhten Eierbedarf wird sowohl durch inländische Aufbringung als auch durch holländische und dänische Importe vorgesorgt.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine gute Marktbeschickung zu verzeichnen. Auch Rehe, Hasen und Fasane wird es genug geben.

Der Obsthandel hat sich für den erhöhten Feiertagsbedarf mit italienischen Orangen und Mandarinen eingedeckt, die verhältnismäßig billig sind. An Äpfeln ist die inländische Tafelware (Jonathan, Kronprinz, Bellefleur und Krummstiel) neben den italienischen Importen (Kalterer, Morgenduft und Jonathan) vorherrschend, aber auch Äpfel zur Kompottbereitung gibt es reichlich. Neben den inländischen Qualitätsbirnen gibt es auf den Märkten auch beste Birnensorten aus Italien und aus der Tschechoslowakei. Dazu kommen italienische und türkische Qualitätsweintrauben sowie Bananen, Feigen, Datteln, Rosinen und Nüsse.

Reichlich und bedarfdeckend sind auch die Anlieferungen an Gemüse. Zusätzlich zum bereits vorhandenem Salatgemüse sind fünf Waggons Salat aus Italien unterwegs.

Wenn auch das Hauptgeschäft auf dem Nahrungsmittelsektor erst in den letzten Tagen vor Weihnachten voll einsetzen wird, kann schon jetzt gesagt werden, daß für die Feiertagstafel der Wiener reichlich vorgesorgt ist.

- - -

Schließung der Ausstellung des Historischen Museums der Stadt

=====

Wien mit Jahresende

=====

19. Dezember (RK) Das Historische Museum der Stadt Wien schließt seine derzeitige Ausstellung mit der Sonderschau Oskar Kokoschka Sonntag, den 30. Dezember. Bis dahin ist das Museum zu den auf dem Plakat angegebenen Zeiten geöffnet.

Sämtliche Musiker-Gedenkstätten bleiben auch weiterhin zu den gewohnten Zeiten geöffnet.

- - -

Römische Ruinen unter dem Hohen Markt

=====

19. Dezember (RK) Die Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt sind auch zu Weihnachten zu den gewohnten Zeiten geöffnet. Eine Ausnahme bildet der 25. Dezember, an dem aus technischen Gründen dieses kleine Museum geschlossen bleiben muß.

- - -

Das 9.000ste Goldene Ehepaar im Rathaus
=====

19. Dezember (RK) Unter den vier Diamantenen und 64 Goldenen Hochzeitspaaren, die gestern nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses durch Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger und der Bezirksvorsteher der Bezirke 1 bis 11 geehrt wurden, befand sich auch das 9.000ste Jubelpaar, das seit 1945 an den Ehrungen der Ehejubilare durch die Stadtverwaltung teilgenommen hat. Das 9.000ste Paar war der ehemalige Heizer Heinrich Fuchs und seine Frau Rosa aus der Siebenbrunnengasse in Margareten.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Paare zu ihrem Ehejubiläum und überreichte ihnen das Ehrengeschenk sowie das Diplom der Stadtverwaltung. Für die weitere Zukunft wünschte er jedem einzelnen Paar, es mögen ihm noch viele Jahre im Kreise seiner Kinder und Enkelkinder beschieden sein.

Für heute und morgen sind noch 112 Wiener Ehejubilare zur Ehrung ins Rathaus eingeladen.

- - -

Diplomfeier im Lainzer Krankenhaus
=====

19. Dezember (RK) In der dem Krankenhaus Lainz angeschlossenen Krankenpflegeschule wurden gestern Abend in Anwesenheit von Bürgermeister Jonas 34 Krankenpflegeschülerinnen des Jahrganges 1954 diplomiert. Der Feier, die durch eine Ansprache des Leiters der Lainzer Schule Dozent Dr. Schneiderbauer eingeleitet wurde, wohnte in Vertretung des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen, Stadtrat Dkfm. Nathschläger, bei. Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Schülerinnen zur abgeschlossenen Ausbildung und wünschte ihnen für ihr weiteres Berufsleben die besten Erfolge. Im Anschluß an die Diplomierung versammelten sich die Absolventinnen unter dem Christbaum und feierten gemeinsame mit ihren Lehrern das Weihnachtsfest.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat
=====Die Debatte über das 6. Hauptstück: Bauwesen

19. Dezember (RK) Heute vormittag wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Budgetberatungen mit der Debatte über das 6. Hauptstück - Bauwesen - fortgesetzt.

GR. Maller (VO) spricht über das Wohnungsproblem unserer Stadt, das einer Lösung zugeführt werden müsse. Er fordert in diesem Zusammenhang einen gesetzlichen Schutz gegen den Wohnungswucher, Beitrag des Bundes zur Linderung der Wohnungsnot und volle Ausnützung der im Budget für den Bausektor angesetzten Mittel. Im Jahre 1955 wurden 64 Millionen Schilling weniger für das Bauen ausgegeben, als veranschlagt waren; dies mit der Begründung, daß nicht genügend Bauarbeiter und genügend Baumaterial vorhanden wäre. Moderne Baumethoden und die Verwendung von vorfabrizierten Fertigteilen könnten hier sicherlich Abhilfe schaffen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, geeignete Schritte zu unternehmen, um vom Bund die Mittel zur Errichtung einer Fabrik für Fertigteile zu erlangen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung zur Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues sei die Bereitstellung von genügend Baugründen. Er fordert ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz, das der Gemeinde die Erlangung von Grundstücken zu angemessenen Preisen ermöglicht. Es dürfe nicht vorkommen, daß die Stadtverwaltung, wie es beim Bau der Opernkreuzung der Fall war, für Grundflächen von insgesamt 13 x 13 Quadratmetern 2,6 Millionen Schilling bezahlen muß. Mit einem derartigen Betrag hätten dreißig Wohnungen gebaut werden können. Beim sozialen Wohnungsbau müßte auch auf die Qualität der Wohnungen, vor allem im Bezug auf die Schalldichte und auf die Wohnungsgröße, Rücksicht genommen werden, damit Wien endlich aufhört, die Stadt der Kleinwohnungen zu sein. Durch die Zusammenlegung von Altwohnungen könnte hier gleichfalls Abhilfe geschaffen werden. Die Hausherren müßten auch zur Instandsetzung der Althäuser angehalten werden und zu diesem Zweck die hierfür bestimmten Erlöse aus den Mietzinsen verwenden.

Aber auch auf die Ledigen dürfe beim sozialen Wohnhausbau nicht vergessen werden. Eine weitere Forderung sei die gerechte Vergebung aller verfügbaren Wohnungen unter öffentlicher Kontrolle, ferner die Erlassung eines Räumungsschutzgesetzes, das Delogierungen ohne Ersatzwohnungen verhindern müßte.

Der Redner kommt sodann auf den Umbau des Pratersterns zu sprechen und bezeichnet die Planung hierfür als zu wenig durchdacht. Die Fußgängertunnels seien unübersichtlich angeordnet und außerdem wären die Passanten gezwungen, zwischen den Tunnels Straßen zu überqueren. Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues sei noch viel zu tun, weil die Wiener Straßen den wachsenden Verkehr nicht mehr bewältigen können.

Der Redner stellt den Antrag, zur Entlastung der Simmeringer Hauptstraße die Straße am Kanal auszubauen und bis zum Zentralfriedhof zu führen sowie auch die Möglichkeit zur Anlegung eines Autoparkplatzes zu schaffen. Die heutige Verkehrslage erfordere immer dringender, daß die Vorortelinie, die Verbindungsbahn und die Ländebahn elektrisch betrieben werden und ihre Umwandlung in eine Schnellbahn sofort in Angriff genommen wird. Auch eine Reihe von Siedlungen am Rande der Stadt müßten an das Verkehrsnetz angeschlossen werden. Wenn die Zusicherung zum Bau der U-Bahn, was eine Ideallösung wäre, nicht gegeben werden kann, müßten wenigstens Maßnahmen zur Errichtung eines zweiten Stadtbahnringes getroffen werden. Der Redner stellt sodann einen Antrag, die Verkehrsflächen in der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk, mit deren Instandsetzung in den Jahren 1951 bis 1954 begonnen wurde, fertigzustellen, da die sonst hierfür ausgegebenen Mittel umsonst aufgewendet worden wären. Ein weiterer Antrag verlangt, den Verkehrsweg im 22. Bezirk, der von der neuen Kanalstraße zum Hochwasserschutzdamm führt, auf zwei Fahrbahnbreiten auszubauen und einen Gehsteig anzulegen. Diese stark benützte Verkehrsfläche müßte auch im Niveau gehoben werden, um sie vor Hochwasserüberflutungen zu schützen. Ein weiterer Antrag des VO-Redners verlangt den Umbau der Philadelphiabrücke in Meidling und die Errichtung eines Fußgängertunnels zwischen der Stadtbahnstation Meidling und der Haltestelle der Linie 8.

Als erfreulich bezeichnet GR. Maller die Leistungen des Stadtgartenamtes, für die er allen dort Beschäftigten herzlichst dankt. Wien wurde durch ihre Arbeit auch zu einer Stadt der Blumen. Seine Fraktion werden den Ansätzen der Gruppe VI die Zustimmung geben.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) verlangte ein klares Konzept der Stadtplanung. Die Stadtplanung muß jedem Bauwilligen ein Helfer sein, sie muß auch mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und darf vor allem in Wien den Kleinbetrieb nicht übersehen. Bei Neubauten sollte man nicht nur für die Tabak-Trafik und den Friseurladen vorsorgen, sondern auch die übrigen Strukturberufe, wie Installateure, Anstreicher, Mechaniker, Schlosser, Tischler, Tapezierer usw., unterbringen. Der kleine Lebensmittelhändler darf nicht immer wieder durch den Konsum verdrängt werden. Um zu familiengerechten Wohnungen zu kommen, bedarf es einer entsprechenden Wohnungsgröße mit nicht zu kleinen Räumen.

Die Planung einer Tochterstadt etwa im Süden könnte viel zur Lösung des Problems der wilden Siedlung beitragen. Seit 1918 war die Stadtplanung trotz rückläufiger Bevölkerungszahl nicht imstande, den Bauwillen der Wiener in richtige Bahnen zu lenken, sodaß heute tiefe Wunden in den Grüngürtel unserer Stadt geschlagen sind. Das wilde Siedeln geschieht vor allem deshalb, weil der Bauwille des einzelnen kein Ventil hat, da man nur den kommunalen Bau als sozialen Wohnungsbau gelten lassen will.

Ein Bodenbeschaffungsgesetz und die dazu gehörige Enteignung ist ein Hilfsmittel, das im Städtebau auch in Wien nicht entbehrt werden kann. Voraussetzung ist aber, daß allen Bauwilligen, auch den kleinsten, die gleiche wirtschaftliche Chance gegeben wird wie den großen und daß das Bodenbeschaffungsgesetz nicht zur Bodenkonzentration in einer Hand führt. Wenn wir die Baumöglichkeiten für jedermann erschließen, dann können wir die Baupflicht auch durch ein schärferes Enteignungsgesetz erzwingen. Die Sicherung und Festlegung des Eigentums als Familiengrundlage muß das unverrückbare Ziel einer wirklich sozialen Wohnpolitik sein. Wer etwa die Baukosten für ein Haus zu einem Viertel mit seinem ersparten Geld decken könnte, würde bei Aufnahme einer Hypothek für den Restbedarf zu Zinsen gelangen, die heute für die große Masse der Bevölkerung untragbar wären.

Der soziale Wohnungsbau braucht daher unbedingt die Bereitstellung von Mitteln zu einem sehr sozialen Zinsfuß, um dann auf Grund dieser Mittel soziale Mietzinse berechnen zu können. Der genossenschaftliche Bau und der Eigentumswohnbau haben schon breite Breschen in die Ansicht geschlagen, daß nur der kommunale Wohnbau sozialer Wohnungsbau sei. Das Wohnungseigentum hat breiten Schichten der Bevölkerung zum Eigenheim verholfen. Wir vertreten darum weiter den Grundsatz: Wer bauen will, soll auch die für den sozialen Wohnungsbau bereitstehenden Mittel in Anspruch nehmen können!

Die Lösung des Verkehrsproblems hängt innig mit der Frage einer zweiten Verkehrsebene zusammen. Wenn auch der Dreiphasenplan nach einer entsprechenden Verkehrsregelung als zweite Phase Schnellautostraßen und erst als dritte Phase die zweite Verkehrsebene und die U-Bahn vorsieht, so haben wir schon heute die Verpflichtung, die dritte Phase mit aller Kraft vorzubereiten. Seit zwanzig Jahren ist in Wien das Verkehrsvolumen um 340 Prozent gestiegen. Heute kommt auf jeden zehnten Einwohner ein Auto,, schon bald aber könnte jeder sechste Wiener motorisiert sein. Das Brückenbauprogramm ist leider etwas ins Hintertreffen geraten, denn ursprünglich sollte die Heiligenstädter Brücke heuer, die Salztor-Brücke 1957 und die Stadion-Brücke 1958 neu gebaut werden.

Bezüglich der öffentlichen Werkstätten der Gemeindeverwaltung würde es interessieren, in welchem Maße zum Beispiel die Tischlerwerkstätten ausgenützt sind und ob tatsächlich die Notwendigkeit besteht, diese Werkstätten auch heute noch aufrechtzuerhalten. Vielleicht wäre es möglich, die Mehranforderungen an Personal in verschiedenen Verwaltungsgruppen durch Einsparungen bei den Werkstätten zu kompensieren.

Der Redner will weiter wissen, was die Opernpassage tatsächlich am Ende gekostet hat, nachdem ursprünglich 33 Millionen Schilling vorgesehen waren und es bekannt ist, daß durch das Fehlen einer entsprechenden Planungsvorbereitung eine Reihe Überschreitungen eingetreten sind. Der Stadtrat für das Bauwesen

./.

möge auch mitteilen, wodurch die Fehlplanung bei der Wiener Stadthalle verursacht wurde. Bei allen Planungen tue Klarheit im Großen und im Kleinen not.

Wir wollen und werden, schließt der Redner der ÖVP, überall Verantwortung mittragen, ob es nun um Strukturplanung, Verkehrsplanung oder um die wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzung der Bodenbeschaffung geht, immer aber unter der Voraussetzung, daß das menschliche Maß nicht nur nach Gewicht und Raum, sondern nach dem inneren Maß des Freiheitswillens, des Leistungswillens auch des Kleinen Berücksichtigung findet. Auch das Streben und Planen des Kleinen und Schwachen soll seine Entfaltungsmöglichkeit im großen Plan der finanzstarken Stadt Wien erhalten. In diesem Sinne geben wir den Ansätzen des Budgets unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) zitiert den Punkt 5, der von Stadtrat Thaller im Jahre 1952 aufgestellten acht Punkte über den sozialen Städtebau. Es heißt darin, daß die Stadt eine aktive Bodenpolitik führen müsse. Der Generalredner der ÖVP hat nun gegen die Grundkäufe der Stadtverwaltung Stellung genommen und auch Dr. Prutscher hat einiges darüber gesagt. Als Vertreter der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen Österreichs stellt der Redner demgegenüber fest, daß die Vereinigungen kaum in Erscheinung treten könnten, würde die Stadt Wien nicht Grundstücke zur Verbauung zur Verfügung stellen.

Zu den Ausführungen von Dr. Prutscher über das wilde Siedeln, sagte der Redner, man müsse zwischen dem Täter unterscheiden und dem, der die Tat ermöglicht hat. In der Planung ist dafür zu sorgen, daß der Siedlungsgedanke künftig in andere Bahnen gelenkt wird. Auch der Kleingartenbewegung kommt besondere Bedeutung zu. Der Redner ersucht die Stadtplanung, für die Schaffung von Dauerkleingärten rechtzeitig Sorge zu tragen. Er fordert auch die ÖVP auf, die privaten Grundbesitzer dazu zu bewegen, ebenfalls für Kleingärten Grund zur Verfügung zu stellen. Überhaupt braucht die Gemeinde Wien dringend ein Wiener Bodenbeschaffungsgesetz. Ein solches Gesetz kann jedoch nicht

im Wiener Landtag beschlossen, sondern muß im Parlament eingebracht werden.

Es wurde in der Stadtplanung auch sehr darauf Bedacht genommen, daß endlich dem Kleingewerbe durch die Schaffung von Werkstättenhöfen geholfen wird. Leider sind nicht alle Gewerbetreibenden geneigt, in neue Gebäude zu übersiedeln. Es ist auch notwendig, sich planmäßig mit der Absiedlung der in Kellerlokalen untergebrachten Gewerbetreibenden zu beschäftigen.

Unter dem Beifall der Sozialisten dankte der Redner dann im Namen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen für die Hilfe durch die Wiener Wohnbauförderung. Abschließend sagte er: Die Ansätze des 6. Hauptstückes sind innerhalb des Budgets der Stadt Wien so bedeutend, daß ohne sie sicherlich das Wirtschaftsleben in Wien nicht jenen Aufschwung hätte, den es derzeit erlebt. Deshalb wird die sozialistische Fraktion gerne ihre Zustimmung zu den Ansätzen geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Fragen der Planung, die Dr. Prutscher ausführlich besprochen hat, auch ihm am Herzen liegen. Er hoffe, daß mit der neuen Bauordnung wirklich Klarheit geschaffen werden wird. Die gesamte Planung ist seit einiger Zeit in einem völligen Umbau begriffen. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit, die nun in der neuen Bauordnung zusammengefaßt wurden, geben uns die Gewißheit, daß wir in den nächsten Jahren auf ganz neuen Wegen planen und bauen können. Was die von Dr. Prutscher erwähnte wünschenswerte Zusammenarbeit mit gewissen Kräften in der Wirtschaft anbelangt, so gab der Referent ein Beispiel dafür, daß diese Zusammenarbeit durch Kurzsichtigkeit oft unmöglich wird. So verlangt ein großer Betrieb, der aus betriebsbedingten Gründen abgesiedelt werden mußte, die Gemeinde möge Flächenumwidmungen vornehmen. Dadurch hätte der Betrieb am Grundverkauf so viel verdient, daß der Wiederaufbau an anderer Stelle gedeckt gewesen wäre. Das ist jedoch unmöglich. Nur von dem höheren Gesichtspunkt der Stadt kann unsere Planung durchgeführt werden.

Stadtrat Thaller betonte auch, daß auf die kleineren Betriebe keineswegs vergessen werde. Er wolle jedoch in diesem Zusammenhang ein offenes Wort sagen: Bei den Assanierungen zielt die Stadtverwaltung oft darauf ab, die absterbenden Betriebe, wie Witwenbetriebe usw., auch wirklich zum Absterben zu bringen, wenn sie nicht wirtschaftlich geführt werden können. Durch Abfertigungen soll in solchen Fällen die Schließung ermöglicht werden.

Die "wilden" Siedlungen entstehen dort, wo man billigen Grund, der nicht als Baugrund vorgesehen ist, bekommt. Hätte die Stadtverwaltung genügend Gründe, würde sie dieses Streben nach Siedeln befriedigen können und damit das wilde Siedeln eindämmen. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, immer wieder Siedlungsland und Kleingartenflächen mit Dauerwidmungen zu schaffen.

Wenn die Größe der Gemeindewohnungen als nicht familiengerecht bezeichnet wird, so ist zu sagen, daß die Wiener Familie im Durchschnitt aus 2,3 Personen besteht. Ein Zimmer einer Gemeinde-neubauwohnung ist mindestens 15 Quadratmeter groß, ein Kabinett mindestens 11 Quadratmeter und der Wohnraum hat eine Größe von 18 bis 24 Quadratmetern. Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Wohnhausanlagen nur 20 bis 25 Prozent der Grundfläche verbaut werden, ausgenommen bei der Verbauung von Baulücken. Bei privaten Bauten werde der Grund dagegen oft weit über 60 Prozent ausgenützt.

Zur Klage, daß durch Umwidmungen vielfach Gründe an Wert verlieren, ist zu sagen, daß sich noch nie jemand beschwert hat, wenn durch Umwidmungen die Gründe an Wert gewonnen haben. Außerdem ist in der neuen Bauordnung festgelegt, daß jedermann, dessen Grund durch Umwidmungen um mehr als 50 Prozent an Wert verliert, von der Gemeinde hierfür eine Entschädigung verlangen kann. Für alle diese Fälle ist vorgesorgt. Mit Freude könne die Bejahung des ÖVP-Redners bezüglich der Enteignungen begrüßt werden. Es dürfe nur dann in den Ausschüssen, wenn derartige Maßnahmen behandelt werden, nicht dagegen gestimmt werden. Dr. Prutscher habe erfreulicherweise auch das Bodenbeschaffungsgesetz bejaht. Das Verlangen, über den sozialen Wohnhausbau hinaus die Bauwilligen zu unterstützen, erübrige sich, da die Gemeinde seit langem zu den 60prozentigen Darlehen des Bundeswohn- und Siedlungsfonds 30 Prozent ihrerseits

beisteuert und nur 10 Prozent vom zukünftigen Wohnungsbesitzer beigetragen werden müssen. Auch vielen Siedlungsgenossenschaften und Einzelpersonen, die mit Hilfe der Wohnbauförderung bauen, wurde geholfen. Die Gemeinde hat auch Gründe, die sie selber hätte verbauen können, im Baurecht vergeben.

Die Aufforderung, den Interessen des Verkehrs mehr Augenmerk zuzuwenden, erübrige sich. Die Stadtverwaltung habe alle Arbeiten auf diesem Gebiet nach sachlichen Gesichtspunkten geleistet und viele Empfehlungen der Verkehrsenquete hierbei berücksichtigt. Es werden vielfach von Privatarchitekten Pläne vorgelegt, die aber oft den Voraussetzungen nicht entsprechen, weil sie in keiner Weise Rücksicht auf das Stadtbild nehmen und bei der Bevölkerung sicherlich einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würden. Vielleicht werden die Wiener in zwanzig Jahren über solche Projekte, die auf die Schönheiten unserer Stadt zugunsten des Verkehrs wenig Rücksicht nehmen, anders denken. Heute sind wir noch nicht so weit und planen alle Verkehrsregelungen nicht nur vom Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit sondern auch von dem der Schönheit.

Über die Arbeitsvergebungen müßte eigentlich bereits völlige Klarheit herrschen. Bis auf einige wenige Arbeiten werden alle öffentlich ausgeschrieben und dann schließlich an den Bestbieter vergeben. Unterangebote werden dabei aber auch nicht berücksichtigt. Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, die Gemeinde hätte die Verantwortung dafür zu tragen, daß einige Firmen finanziell nicht mehr weitergekommen haben. Es werde niemand zu einem Unterangebot gezwungen.

Bei den Werkstätten in verschiedenen Anstalten und Betrieben, deren Vorhandensein kritisiert wurde, handelt es sich hauptsächlich um Elektriker und Installateure, die man zum Beispiel in den Krankenhäusern täglich brauche. Auch die Heizwerkstätte ist eine Notwendigkeit.

Abschließend versichert Stadtrat Thaller, daß man alle Erkenntnisse anwenden werde, die die Zeit immer wieder schafft, und daß alles Nötige rechtzeitig im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung in Angriff genommen werden wird.

Die Stadtverwaltung werde auch die Interessen gegen jedermann, auch dem Bunde gegenüber, jederzeit vertreten. Die Gruppe Bauwesen will dazu beitragen, allen, die in dieser Stadt leben, die Gewißheit zu geben, daß Wien immer schöner und liebenswerter wird. (Beifall)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze einstimmig angenommen. Die Anträge des GR. Maller (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Anfrage des GR. Dkfm.Dr. Prutscher (ÖVP) wurde dem zuständigen Amtsführenden Stadtrat zur Beantwortung zugewiesen und die Anträge an den zuständigen Ausschuß zur Behandlung weitergeleitet.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konservatorium der Stadt Wien auf Reisen

=====

19. Dezember (RK) Eingeladen von den Gemeinden des Gebietes Mühlberg bei Hohenau an der tschechoslowakischen Grenze, absolvierte die Tanzgruppe des Konservatoriums der Stadt Wien unter Leitung von Ilka Peter mit dem in Wien bereits bekannt gewordenen Tanzspiel "Die Geschichte von der harten Nuß" in Mühlberg eine Aufführung, der 600 Kinder, die von nah und fern gekommen waren, eine enthusiastische Aufnahme bereiteten.

Für die kommenden Sommerferien wurde die gleiche Tanzgruppe zu einer Tournee eingeladen, die innerhalb von vier Wochen die größten Bäderstädte Deutschlands besuchen und so in wirksamer Form für die Musiklehranstalten der Stadt Wien wirken wird. In der Deutschen Bundesrepublik werden die in Wien im Rahmen der Jugendkonzerte aufgeführten Tanzspiele "Hans und Liese", "Die Geschichte von der harten Nuß" und "Der Schulmeister" gezeigt werden.

- - -

Weihnachten in städtischen Anstalten
=====

19. Dezember (RK) In den Vormerkkalendern der Stadtväter sind auch heuer für die Woche vor den Feiertagen Dutzende Einladungen zu Weihnachtsfeiern in städtischen Anstalten eingetragen.

Bürgermeister Jonas nahm bereits an der Weihnachtsfeier der Krankenpflegeschule in Lainz und in der Gynäkologischen Abteilung des Wilhelminenspitals teil. Morgen, Donnerstag, wird er im Altersheim Lainz und Freitag in der Semmelweis-Frauenklinik den Pfleglingen und Patientinnen die Weihnachtswünsche der Stadtverwaltung übermitteln.

Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger werden gleichfalls an mehreren Weihnachtsfeiern in Lehrlingsheimen, Heilanstalten und Spitälern teilnehmen. Auch die Stadträte und Gemeinderäte werden bis zum Goldenen Sonntag an jeden Tag bei Weihnachtsfeiern in städtischen Anstalten die Stadtverwaltung vertreten.

Insgesamt werden heuer in den von der Stadt Wien verwalteten Anstalten rund 120 größere Weihnachtsfeiern veranstaltet. Bei einigen dieser Feiern werden Schulkinder und auch namhafte Wiener Künstler mitwirken. Der Stadtschulrat für Wien veranstaltet morgen nachmittag in Meidling eine Weihnachtsfeier für ungarische Flüchtlingskinder.

- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

=====

19. Dezember (RK) Hierauf gelangte das 7. Hauptstück - Bau-
behördliche und sonstige technische Angelegenheiten - zur Beratung.

Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) verwies einleitend darauf, daß
das von ihm betreute Referat sehr unterschiedliche Sachgebiete zu
bearbeiten hat und daß die Tätigkeit vieler dieser Abteilungen von
der Öffentlichkeit nicht immer im entsprechenden Ausmaß wahrgenom-
men werde. Seine Verwaltungsgruppe weist bei Ausgaben von 63,4
Millionen und Einnahmen von 39,3 Millionen einen Abgang von rund
24 Millionen Schilling auf.

Modernere Straßenlampen

Die Öffentliche Beleuchtung erfuhr im Jahre 1956 eine Zunahme
von 4.210 neuen Lichtstellen, sodaß derzeit insgesamt 68.650 Lam-
pen im Wiener Stadtgebiet vorhanden sind. Davon werden etwa 4.900
durch Gas betrieben. Unter anderem sollen im kommenden Jahr die
Lichtstellen in den verkehrswichtigen Straßen und an den großen
Kreuzungen um 1100 vermehrt werden. Die äußere Triester Straße und
die Straße vom Kahlenbergerdorf bis zur Stadtgrenze haben eine
neue Beleuchtung mit Natriumdampflampen erhalten. Zwei Stücke des
Gürtels sind mit neuartigen lichtstarken Leuchtstofflampen verse-
hen, die später am ganzen Gürtel verwendet werden sollen.

Die Tätigkeit der Baupolizei

Die Inanspruchnahme der Baupolizei ist durch die starke Bau-
tätigkeit sehr rege. Eine besonders verantwortliche Aufgabe fiel
der Abteilung bei der Planung von Großbauvorhaben, die Stadthalle,
Stadion und Freudenauer Hafenbrücke, zu. Erstmals wurden Nacht-
spielanlagen auf der Hohen Warte und im Stadion ausgeführt.

Das Interesse an Neubauten aller Art hat auch in diesem Jahr
nicht abgenommen. Im vergangenen Jahr wurde für 5.700 Wohnungen
die Baubewilligung erteilt, es wurden aber bloß 1.230 Wohnungen
der Benützung übergeben. Dieses Mißverhältnis bringt zum Ausdruck,
daß auch heuer zahlreiche Bauten begonnen, aber wegen Material-
und Arbeitermangel nur schleppend weitergeführt werden konnten.

Eine Kommission, die bei beabsichtigten Wohnungsräumungen amtiert, hat in etwa 500 Fällen interveniert und mußte auf Räumung von rund 400 Wohnungen erkennen. Es handelt sich meistens um grundfeuchte Wohnungen in überalteten baufälligen Objekten, deren fortlaufende Räumung zur Sanierung der Großstadt gehört.

Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt hatte unter anderem beim Ausbau des Stadions und bei der Errichtung des städtischen Wohnhochhauses wichtige Arbeiten durchzuführen. Umfangreiche Versuche wurden mit Welleternit-Betonplatten ausgeführt. Erwähnenswert wären auch die Ermittlungen der Reibungszahlen von verschiedenen Gummisorten auf Straßenoberflächen.

Erhöhte Grundpreise

Da die private Bautätigkeit in den letzten Jahren einen starken Anreiz erhalten hat, war auch im verflossenen Jahr der Grundstückmarkt sehr belebt und die Nachfrage nach Grundstücken oft größer als das Angebot. Die Gemeindeverwaltung hat sich im Verfolg ihrer bisherigen Bodenpolitik darauf beschränkt, nur den Ankauf jener Gründe zu beantragen, deren Erschließung in erster Linie Aufgabe der öffentlichen Hand ist oder deren Erwerb aus Steuergeldern eindeutig im öffentlichen Interesse gelegen war. Die Grundpreise, die lange gegenüber der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben waren, haben nunmehr das allgemeine Preisniveau erreicht. Insbesondere zogen die Grundpreise in jenen Bezirken an, die seinerzeit unter russischer Verwaltung standen. Bei der Preiserstellung gibt heute weniger die Lage, sondern vielmehr die Verwendbarkeit des Grundes den Ausschlag und es ist eine gewisse Nivellierung der Grundpreise festzustellen.

Die mit der Stadtvermessung betraute Magistratsabteilung ist bemüht, einen neuen Stadtplan zu schaffen, wobei sie sich der Luftbildaufnahmen bedient. Die Auswertung dieser Aufnahmen wird in der neuzeitlichsten Form durch Anschaffung eines Luftbildauswertegerätes, das über eine Million Schilling kostet, ermöglicht werden.

Besondere Luftbild-Messaufnahmen über den Hauptverkehrsstraßen gestatten auch die differenzierte Feststellung aller parkenden Fahrzeuge großer Verkehrsräume zu bestimmten Zeitpunkten.

Die Wiener Friedhöfe

Bei den Friedhöfen wurden weitere Kriegs- und Zeitschäden behoben. Im Wiener Zentralfriedhof sind die Erneuerungsarbeiten an der Aufbahrungshalle II und an der Dr. Karl Lueger-Kirche beendet, wobei in der Kirche eine neue Glocke installiert wurde. Beim III. Tor sind die Blumenverkaufsstände fertiggestellt. Der Neubau eines Einäscherungsofens mit Gasfeuerung im Krematorium wurde im September beendet. Die Ergänzung der im Kriege abhanden gekommenen Glocken und Grabbezeichnungsgegenstände wurde fortgesetzt, sodaß nur mehr ganz wenige Friedhöfe ohne Geläute sind und die Orientierung der Friedhofsbesucher schon viel leichter möglich ist als bisher.

Die Anzahl der jährlichen Beerdigungen bleibt mit ungefähr 24.000 ziemlich konstant. Der Anteil der Einäscherungen ist von 13.5 Prozent im Jahre 1953 auf 12.8 im Jahre 1955 leicht gesunken. Da die Anzahl der heimgefallenen Gräber ständig zunimmt, ist auch der Bedarf an zusätzlichen Flächen für neue Gräber immer geringer. Am Zentralfriedhof stehen schon seit einigen Jahren genügend heimgefallene Grabstellen zur Verfügung. Die ständige Zunahme der Kranz- und Blumenspenden und der übrigen Gräberschmückung bedingen eine vermehrte Beseitigung von Abfällen und damit erhöhte Kosten.

Trotz einer Steigerung der Einnahmen sind die der Friedhofsverwaltung zur Verfügung stehenden Mittel leider nicht ausreichend, um die Friedhöfe in dem gewünschten würdigen Zustand zu versetzen. Die Friedhofsverwaltung hat auch für die Aufbahrungshallen zu sorgen, die ausschließlich der Bestattung dienen. Obwohl die Ausgaben einige Millionen betragen, bezahlt die Bestattung im Jahr nur 610.000 Schilling. Nach Ansicht des Berichterstatters würde es notwendig sein, hier ein richtiges Verhältnis herzustellen.

Auch die Gebührensätze für die Gräber sind zurückgeblieben, denn sie betragen bloß das 1.8fache bis 2.8fache der Gebühren aus dem Jahre 1937, während die Löhne auf das Sechsfache, die Baukosten auf das Achtfache und die Grundpreise auf das Zehnfache gestiegen sind. Für die Erhaltung und den Ausbau der Friedhöfe werden im kommenden Jahr weniger Mittel zur Verfügung stehen als heuer. Eine neue Friedhofsordnung soll wesentlich zur Aufrichtung der während der Kriegs- und Nachkriegsjahre stark gelockerten Ordnung in den städtischen Friedhöfen beitragen, um aus ihnen wieder wirkliche Kulturstätten zu machen.

Fußgänger bedienen Lichtsignal

Hinsichtlich der technischen Verkehrsangelegenheiten gibt Stadtrat Lakowitsch bekannt, daß am Margaretengürtel ein neuer Fußgängerübergang eingerichtet werden wird, der durch Lichtsignale, die von den Fußgängern selbst bedient werden können, geregelt sein soll. An der Kreuzung Ring - Johannesgasse wird eine Verkehrsampel installiert, die durch die Fahrzeuge, welche die Johannesgasse passieren, durch Verwendung einer pneumatischen Steuerung selbst bedient wird. An zahlreichen Straßenkreuzungen wurden Zebraübergänge für Fußgänger angelegt. Leider fehlen noch immer die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Benützung dieser Übergänge. Es ist jedoch zu hoffen, daß bald die so dringend notwendige gesetzliche Regelung erfolgt.

1956 wurden in Wien 31.375 Lenkerprüfungen abgenommen. Darüber hinaus meldet die Prüfstelle für das Kraftfahrwesen 6.616 Kraftfahrzeugprüfungen und 210 Fahrlehrerprüfungen. Interessant ist die Feststellung auf einem Straßenbaukongreß in London, daß die Motorisierung voraussichtlich erst dann zu einem Stillstand kommen wird, wenn in jeder Familie ein Kraftfahrzeug vorhanden ist. Wien besitzt derzeit ungefähr 673.000 Haushalte und etwa 175.000 Kraftfahrzeuge. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Motorisierung noch weiter ansteigen wird.

Selbst bei rigorosister Einführung von Einbahnstraßen, Park- und Halteverboten wird es unmöglich sein, Platz für die zu erwartende Anzahl von Kraftfahrzeugen zu schaffen. Nach Ansicht des Stadtrates wird daher auf die Dauer mit einer Verkehrsebene allein das Auslangen nicht zu finden sein.

Die Forste der Stadt Wien

Bei der Besprechung des Stadtforstamtes hob der Referent hervor, daß den Lainzer Tiergarten in der abgelaufenen Saison 168.014 Personen besuchten. Das sind um 30.000 Personen mehr als im Vorjahr.

Der Wildbestand im Tiergarten zeigt eine Erhöhung und beträgt zur Zeit 730 Stück, davon 465 Stück Schwarzwild, 160 Stück Rehwild, 41 Stück Damwild und 52 Stück Mufflon.

Die schwierigste Aufgabe des Stadtforstamtes ist die Aufforstung des Laaer Berges. Bereits in dem großen Projekt des Wald- und Wiesengürtels vom Jahre 1905 war dem Wiener- und dem Laaer Berg eine große Aufgabe zugeordnet. Als dritter Abschnitt des Wald- und Wiesengürtels sollte hier ein Waldkomplex mit Wiesenflächen geschaffen werden. Nachdem der im Jahre 1953 vorgenommene Aufforstungsversuch scheiterte, wurde im heurigen Jahr eine neue Aufforstungsmethode angewandt, deren Erfolg als gut bezeichnet werden kann. 18.000 Kubikmeter Erde wurden bewegt, 10 Kilometer Pflanzgräben ausgehoben und mit an Bakterien angereicherter Erde gefüllt. Fast 40.000 Laub- und Nadelhölzer wurden gepflanzt.

In den Quellschutzforsten wurden rund 750.000 Forstpflanzen versetzt. Der Aufschließung wurde größtes Augenmerk zugewendet. Das Waldstraßen- und Zugwegnetz wurde mit Hilfe von Maschineneinsatz erweitert und verbessert.

Die im Vorjahr errichtete Holzbringungsseilbahn in Wildalpen, die sich sehr gut bewährt hat, wurde auf Elektroantrieb umgestellt. Es ist dies die erste elektrisch betriebene Seilbahn für die Holzbringung in Österreich.

Am Schluß seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Ausschusses VII für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit. Auch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe dankte er für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und bat alle, auch im Jahre 1957 alle Kräfte im Dienste unserer Heimatstadt einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Debatte über das 7. Hauptstück

GR. Kronhuber (VO) bezeichnet die Wiederaufforstung des Laaer Berges als besonders wertvoll. Es wäre jedoch auch die Wiederaufforstung im Osten Wiens wichtig. Hier ist ein neues Erholungsgebiet für die Wiener im Entstehen begriffen.

Zu der Frage des wilden Siedelns meinte der Redner, daß eine Lenkung notwendig wäre. Er schlägt vor, daß die Gemeinde Wien eine Beratungsstelle für Siedlungswillige einrichten solle.

Breiten Raum nahmen in den Ausführungen des Debattenredners der VO die Verkehrsprobleme ein. Er stellt unter anderem fest, daß die Verkehrsverhältnisse in Wien im vergangenen Jahr durch die von den Behörden getroffenen Maßnahmen nicht verbessert werden konnten, weil die Motorisierung rascher fortschritt. Solange nicht der Durchzugsverkehr durch die Innere Stadt und über den Ring verschwinden wird und solange sich nicht ein möglichst großer Teil des Massenverkehrs auf eigenen Fahrbahnen bewegt, könne keine entscheidende Verbesserung eintreten. Der Redner fordert auch mehr Schutz für den Fußgänger im Straßenverkehr und begrüßt die beabsichtigte Verwendung von Verkehrsampeln, die durch die Fußgänger bedient werden. Er verlangt ferner die Einführung der "Grünen Welle", um den Verkehr reibungsloser zu gestalten. Wegen der schädlichen Auspuffgase wären Beratungen von Verkehrsfachleuten, Ärzten, Technikern und Chemikern erforderlich.

Die öffentliche Beleuchtung in den Arbeiterbezirken und besonders in den Siedlungsgebieten bezeichnet GR. Kronhuber als völlig unzureichend. Auch der Gürtel ist noch immer sehr schlecht beleuchtet.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das Budget der Gruppe VII für das kommende Jahr keine entscheidenden Verbesserungen erwarten läßt. Daher werde seine Fraktion nicht für die Ansätze stimmen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) stellt zunächst die Forderung auf, daß die Verkehrsplanung nicht nur Wien, sondern auch die Umgebung der Stadt in einem Umkreis von 100 Kilometer einbeziehen soll.

Immer wichtigere Aufgaben hat die Baupolizei zu erfüllen. Leider hält der Personalstand der Baupolizei nicht mit der Fülle der Arbeit Schritt. Es ist daher erklärlich, daß die Erledigung eines Bauansuchend niemals fristgerecht erfolgen kann. Der Bauingenieur ist ein Mangelberuf geworden. Deshalb müßte ein größerer finanzieller Anreiz gegeben werden, um die Bauingenieure zum Eintritt in die Baupolizei zu bewegen. Der Redner schlägt auch vor, Ziviltechniker zur Unterstützung der Beamten der Baupolizei heranzuziehen.

Wertvolle Arbeit wurde auch vom Schätzamt geleistet, die sich günstig auf den Sektor der Grundstückspreise auswirkte. Ein fühlbarer Fortschritt wurde auch in der öffentlichen Beleuchtung erzielt. Auch die Beleuchtung von Denkmälern ist schon im Interesse des Fremdenverkehrs sehr zu begrüßen. Die Friedhofsverwaltung hat für die Modernisierung der Friedhöfe und ihrer baulichen Objekte viel getan. So konnte u.a. die Luegerkirche fertiggestellt und der Wiederaufbau der Aufbahrungshalle vollendet werden. Die neue Friedhofsordnung wird sich gleichfalls günstig auf die künftige Gestaltung der Friedhöfe auswirken.

Gute und wertvolle Arbeit hat auch das Stadtforstamt geleistet. Die schweren Schäden, die auf diesem Gebiet seit 1938 durch Vernachlässigung und später durch Kriegseinwirkungen und die Besatzung verursacht wurden, sind größtenteils beseitigt. Die Grünzungen wurden vergrößert und noch neue angelegt. Das Betätigungsfeld der Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, war gleichfalls sehr groß; ist ja kaum ein Problem so dringend, wie das des Verkehrs in unserer Stadt. Die Verkehrsplanungskommission wird ehestens in Aktion treten müssen. Großes Augenmerk muß auch dem Garagenproblem zugewendet werden. Es dürfe nichts unterlassen werden, was der Stellung Wiens im Herzen Europas im Hinblick auf moderne und technische Erfordernisse Abbruch tun könnte. Am Gemeinderat werde es liegen, durch seine Unterstützung den Fortschritt unserer schönen Stadt in der Entwicklung zur Weltstadt zu beschleunigen. So wird aus unserem schönen Wien ein noch schöneres Wien entstehen. (Beifall bei ÖVP.)

GR. Billmaier (SPÖ) kommt auf die Autobahn zu sprechen und stellt fest, daß bei ihrer Planung gerade Wien sehr benachteiligt wurde. Es hat bedeutender Anstrengungen bedurft, daß es neben der Südeinfahrt zu einer Lösung auch über die Westeinfahrt gekommen ist, die aber leider nicht befriedigt. Wien müsse überdies nicht erst zur Weltstadt werden, sondern ist es vielmehr schon.

Mit den Arbeiten, die von den einzelnen Abteilungen dieser Geschäftsgruppe geleistet wurden, könne man zufrieden sein. Es wurde viel auf dem Gebiete der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrslichtanlagen geschaffen.

Die neue Friedhofsordnung wird dazu beitragen, die Wiener Friedhöfe als Gedächtnisstätten auszugestalten, die sie zu einer würdigen Gedenkstätte für unsere Toten machen. Man müßte nur noch zusätzliche Vorschriften erlassen, die eine weitere Ausdehnung des Fahrzeug- und Fuhrwerksverkehrs in den Friedhöfen verhindern. Das würde sicher dazu führen, daß die Friedhöfe zu jenen Stätten werden, in denen man in Ruhe und Besinnlichkeit seiner Verstorbenen gedenken kann. Nicht betroffen von einer derartigen Maßnahme sollten selbstverständlich gehbehinderte oder gebrechliche Personen sein.

Die Aufforstung am Laaer Berg entspricht einem alten Wunsch der Favoritner Bevölkerung. Nach einem ersten mißglückten Versuch ist zu hoffen, daß nunmehr bessere Erfolge erzielt werden. Vielleicht wird es möglich, die noch fehlenden 18 Hektar, die den Anschluß an den Wienerwald und den Wald- und Wiesengürtel bis nach Simmering zum Gaswerk und eine Verlängerung zur Lobau ermöglichen, gleichfalls aufzuforsten. Diese Versuche der Aufforstung waren nicht gerade billig. Im Interesse der Wiener Bevölkerung soll aber alles getan werden, was sie zu ihrer Gesunderhaltung braucht. (Beifall bei der SPÖ.)

Seine Fraktion stimme den Ansätzen zu.

Stadtrat Lakowitsch spricht sich in seinem Schlußwort für eine gewisse Großzügigkeit bei der Errichtung von Garagen aus, um die Verkehrsflächen für den fließenden Verkehr freizumachen. Die Technik ist heute so weit fortgeschritten, daß die Belästigung der Bewohner der umliegenden Gebiete durch Geruch und

Lärm in einem erträglichen Ausmaß gehalten werden kann. Was die Trassenführung der Autobahn betrifft, warnt der Stadtrat davor, die Einfahrt durch den Lainzer Tiergarten zu führen.

Das Problem der Einfahrt von Fahrzeugen in den Wiener Zentralfriedhof soll in nächster Zeit eine Regelung finden, die allen geäußerten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung trägt.

Die Aufforstung auf dem Laaer Berg wird ihre Fortsetzung finden. Im Wald- und Wiesengürtel hat die Gemeinde Wien die Schwarzenberggründe erworben, die auch als Luftreservoir der Wiener dienen sollen. Leider ist es nicht gelungen, die Anningerforste im Besitz der Stadt Wien zu erhalten.

Abschließend stellt Stadtrat Lakowitsch mit Befriedigung fest, daß die Debatteredner im wesentlichen zustimmend zu seinen Ausführungen Stellung genommen haben und mit der Tätigkeit seiner Verwaltungsgruppe zufrieden waren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bei der darauf folgenden Abstimmung, die Vorsitzender GR.Dr.Dipl.Ing. Hengl vornimmt, finden die Ansätze des 7. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO die Genehmigung durch den Gemeinderat.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Pferdemarkt vom 18. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 269 Pferde, davon 36 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 259, als Nutztiere 4 verkauft, unverkauft blieben 6.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 120, Oberösterreich 41, Burgenland 42, Steiermark 38, Kärnten 15, Salzburg 6, Tirol 7.

Preise: Jungpferde und Fohlen 9.50 bis 11.20 S, 1. Qualität 5.90 bis 6.50 S, Extremware 6.70 bis 7 S, 2. Qualität 5.40 bis 5.80 S, 3. Qualität 4.70 bis 5.30 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Pferden um 30 g pro Kilogramm. Fohlen notierten behauptet. Durchschnittspreis: Pferde 5.50 S, Fohlen 10.66 S.

8. Hauptstück: Öffentliche Einrichtungen

=====

19. Dezember (RK) In den Nachmittagsstunden wird das 8. Hauptstück - Öffentliche Einrichtungen - behandelt. Berichterstatter Stadtrat Koci (SPÖ) teilt mit, daß für die fünf Abteilungen seines Referates - Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, Stadtreinigung mit Fuhrpark - bei Ausgaben von 436 Millionen und Einnahmen von 212 Millionen ein Gebarungsabgang von 223 Millionen veranschlagt ist.

Im kommenden Jahr werden etwa 7.280 Meter neue Straßenkanäle für die städtischen Wohnhausanlagen zu bauen sein, darunter die Verlängerung des linken Wienfluß-Sammelkanals nach Hadersdorf-Weidlingau. Ein neues größeres Bauvorhaben entsteht mit dem Bau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales, der sich ebenso wie die Kanalisierung des Sommerbades in Favoriten auf mehrere Jahre erstrecken wird. Von fertiggestellten Arbeiten erwähnt der Berichterstatter insbesondere den Leopoldauer Sammelkanal, der die Voraussetzung für den allmählichen Einbau von Teilen des 22. Bezirkes in die Wiener Kanalisation schafft.

Wasserverbrauch des Wieners: 250 Liter im Tag

Die maschinellen Einrichtungen der Wasserwerke stammen noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und bedürfen einer laufenden Erneuerung. Für die Fertigstellung des Leitungsspeichers in Neusiedl sind in diesem Jahr 13 Millionen Schilling vorgesehen. Das Projekt, das insgesamt 97 Millionen kostete, wird 1957 vollendet werden und voraussichtlich 1958 den Betrieb aufnehmen. Nach dem Umbau des Grundwasserwerkes Nußdorf sowie einer Rohrstrangverlegung über die neue Nordbahnbrücke wird Floridsdorf direkt vom Nußdorfer Pumpwerk gespeist werden können. Für die Versorgung der hochgelegenen Gebiete von Ober.-St.Veit ist der Neubau eines Behälters und eines Hebewerkes im Hörndlwald notwendig geworden.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1956 belief sich die Wassergewinnung der Stadt Wien auf etwa 122 Milliarden Liter. Davon waren 84 Prozent Quellwasser, 12.5 Prozent stammten aus Grundwasserwerken, 1.3 Prozent aus Spitzendeckungswerken und 2.2 Prozent aus der Wientalwasserleitung. Es wurden somit im heurigen

Jahr um sechs Milliarden Liter Wasser mehr gewonnen als im Vorjahr. Die durchschnittliche Wassergewinnung im Tag betrug 400 Millionen Liter. Die Chlorung des Wassers wird mit 0.2 mg/Liter weiterhin durchgeführt.

Vom Jänner bis Oktober dieses Jahres wurde in Wien ein Verbrauch von 118 Milliarden ^{Liter} Wasser gemessen, das ergibt pro Tag 387 Millionen Liter und gegenüber dem Vorjahr einen Mehrverbrauch von 18 Millionen Liter täglich. Der Wasserverbrauch im Tagesdurchschnitt beträgt pro Kopf 249 Liter gegenüber 237 Liter im Jahre 1955. Der Tageshöchstverbrauch wurde am 7. Juni mit 300 Liter gemessen.

50 Jahre Gänsehäufel

In seinem Bericht über die städtischen Bäder gab Stadtrat Koci bekannt, daß für das Sommerbad Favoriten im kommenden Jahr fünf Millionen Schilling aufgewendet werden; im Frühjahr ist mit dem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen. Mit dem Bau eines Kinderfreibades im 19. Bezirk geht ein langgehegter Wunsch der Döblinger in Erfüllung. Das Strandbad Gänsehäufel feiert im nächsten Jahr sein 50jähriges Bestandsjubiläum, und aus diesem Grund werden verschiedene kleinere Neuerungen ^{vorgenommen} Wie alljährlich stehen für Baggerarbeiten an der Alten Donau 280.000 Schilling zur Verfügung.

Die Gesamtkosten des Theresienbades, das im August mit der Eröffnung des Sommerschwimmbades fertiggestellt wurde, betragen 35,7 Millionen Schilling. Durch die Errichtung des Kinderfreibades in Rodaun und mit der Eröffnung des Kinderfreibades am Max Winter-Platz hat die Stadtverwaltung wieder vielen Kindern eine große Freude bereitet. Derzeit sind in Wien 63 städtische Bäder in Betrieb, davon 22 Warmbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 28 Kinderfreibäder. Der Gesamtbesuch belief sich auf 6,435.613 Personen und war um 217.392 Personen höher als im Vorjahr. Die Sommerbäder besuchten 1,063.813 Personen. Bei den Warmbädern werden die Brausebäder weniger, die Wannens- und Dampfbäder jedoch wesentlich stärker aufgesucht.

Wäschereien

Die städtische Zentralwäscherei in der Schwenkgasse hatte bis Oktober 1956 eine Waschleistung von über vier Millionen Kilo Wäsche zu verzeichnen. Diese Leistung dürfte bei den derzeit vorhandenen Maschinen kaum gesteigert werden können. Sämtliche 34 maschinell eingerichteten Wohnhauswäschereien standen in Vollbetrieb. In diesen Wohnhauswäschereien haben 183.730 Wohnparteien die Anlagen in Anspruch genommen. In den städtischen Wohnhausbadeanlagen, von denen 76 in Betrieb stehen, wurden 402.967 Besucher gezählt.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Schneearbeiterlöhne der Magistratsabteilung 48 werden für den kommenden Winter von fünf auf sechs Schilling erhöht und für die Nachtarbeit 6.50 Schilling betragen. Insgesamt sind für diesen Zweck 2,4 Millionen Schilling ausgeworfen.

Für die Müllabfuhr stehen derzeit 192.000 Gefäße zur Verfügung, von denen rund 182.000 in den Wohnhäusern aufgestellt sind, während der Rest für Tauschzwecke dient. Wie wichtig die Müllabfuhr für eine Großstadt ist, ersieht man daraus, daß der tägliche Müllanfall in Wien etwa 2.000 Kubikmeter beträgt.

Der maschinelle Geräteeinsatz für die Straßenpflege wird durch den ruhenden und fließenden Verkehr stark eingeengt, sodaß immer ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Handarbeit vorbehalten bleiben wird.

Der Berichterstatter verweist auf die alljährlich auftretenden Schwierigkeiten bei Schneefall, die durch den wechselvollen Wettercharakter - morgens Schnee, mittags Tauwetter, abends Glatteis -, die gefährliche Schneeglätte infolge des starken motorisierten Verkehrs und den Mangel an Schneearbeitern bedingt sind. In den dreißiger Jahren verhinderten die Arbeitslosen den maschinellen Geräteeinsatz, weil für sie das geflügelte Wort galt: "Brot fällt vom Himmel!" Heute hingegen wird der maschinelle Geräteeinsatz durch die Motorisierung erschwert.

Nach langen Verhandlungen ist es nun gelungen, die Polizei dafür zu gewinnen, versuchsweise ein wechselseitiges Parkverbot einzuführen. Dieser Versuch soll bei Schneefall im 7. und 8. sowie in einem Randteil des 1. Bezirkes gemacht werden. Eine restlose Beseitigung der unangenehmen Begleiterscheinungen des Schneefalls wird aber wahrscheinlich nie und nirgends gänzlich erreicht werden können.

Abschließend sprach Stadtrat Koci allen Beamten, Arbeitern und Angestellten seiner Verwaltungsgruppe für ihre Pflichterfüllung den herzlichen Dank aus. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Maller (VO) sagte, es sei schade, daß der gute Geschmack unseres Wassers durch die Chlorbeimengung beeinträchtigt werde. Von einer unvermeidlichen Chlorierung des Wassers könne aber keine Rede sein. Wenn schon eine Desinfektion notwendig sein sollte, dann müsse es auch andere Mittel geben, die den Geschmack des Wassers nicht beeinträchtigen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Es gibt in Wien noch einen hohen Prozentsatz von Häusern, die nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind. Wegen der Geruchsbelästigung durch Abwässer des Leopoldauer Gaswerkes, die in den Leopoldauer Kanal eingeleitet werden, stellt Gemeinderat Maller ebenfalls einen Antrag, man möge die Möglichkeiten untersuchen, diesen Übelstand abzustellen. Ein weiterer Antrag des Debattenredners verlangt, daß Floridsdorf eine moderne städtische Badeanstalt bekommt.

Der schwache Punkt in der Geschäftsführung VIII sei die Stadtreinigung im Winter. Es müsse doch möglich sein, Maßnahmen zu treffen, damit nicht der erste Schneefall die Stadt lahmlegt. Der Redner begrüßt die Einführung eines wechselseitigen Parkverbotes und sagte, er hoffe, daß es in diesem Winter nicht wieder zu einer Misere auf diesem Gebiet kommen werde. Im übrigen gab er im Namen der VO-Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe.

GR. Haim (ÖVP) meint, es sei bemerkenswert, wie gut doch die Abteilungen dieser Geschäftsgruppe dotiert seien, seitdem Stadtrat Koci dafür zuständig ist.

Für Kanalisation waren zum Beispiel 1953 46 Millionen eingesetzt, für 1957 sind es 49 Millionen. Für die Wasserwerke waren es 100 Millionen und sind es jetzt 134 Millionen. Die Dotierung der Bäder ist von 36 auf 42 Millionen gestiegen, die der Wäschereien von 10 auf 16 Millionen, die der Stadtreinigung von 89 auf 123 Millionen und die des Fuhrparks von 46 Millionen im Jahre 1953 auf 72 Millionen Schilling im Voranschlag für 1957. Auch der Personalstand wurde wesentlich erhöht. Der Redner hebt jedoch auf der anderen Seite besonders die gedeihliche Zusammenarbeit im Ausschuß dieser Verwaltungsgruppe hervor.

GR. Haim beschäftigt sich dann mit einigen Anregungen. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, Kredite für die Kanaleinmündung zu gewähren, weil die Kanalanschlüsse mit großen Installationskosten verbunden sind. Bei den Wasserwerken wäre es notwendig, neue Quellen zu erschließen. Bei den Bädern regt der Redner einen ermäßigten Eintrittspreis für Familien an und fragt, ob eine Unterstützung der Privatbäder möglich wäre. Die Straßenreinigung lasse noch einiges zu wünschen über. Bei Schneefall wäre ein Soforteinsatz unter Mitwirkung des Privatfuhrwerks günstig. Die Löhne für die Schneearbeiter seien zu gering. Die Zahl der Bedürfnisanstalten in Wien bezeichnete der Redner gleichfalls als zu gering. Er verlangte außerdem, daß man einige der alten Anstalten unterirdisch neu anlegen sollte. Schließlich fragt GR. Haim, wieso drei Volkswagen, die von der Magistratsabteilung 48 gekauft wurden, nun von drei Angestellten privat gefahren werden.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schreiner (SPÖ) stellt fest, daß es in diesem Jahr gelungen ist, große Teile Favoritens mit dem nötigen Wasser und dem nötigen Wasserdruck zu versorgen. Zur Anregung des GR. Haim, betreffend verbilligte Bäderkarten für Schüler ist zu sagen, daß es eine Ermäßigung für Schüler schon seit Jahrzehnten gibt. Es sei bedauerlich, daß Gemeinderäten derartige Begünstigungen nicht bekannt sind. ./.

Auch einige weitere Anträge der Volkspartei sind längst überholte und vollzogene Tatsachen aus den Jahren der ersten Republik.

Zur Kritik an der Schneesäuberung verweist der Redner darauf, daß es eine derartige Kritik von Seiten der ÖVP nie gegeben habe, als ein ihrer Partei angehörender Stadtrat diese Abteilung verwaltet hat. (Zwischenruf Stadtrat Bauer (ÖVP): Damals hat es zum Glück keinen Schnee gegeben!) Es sei überhaupt unverständlich, daß in einem Atemzug eine Steigerung der Leistungen der Gemeinde und gleichzeitig eine Herabsetzung der Steuerleistungen verlangt wird. Die geforderten Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Getränkesteuer, der Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren, der Einkommensteuer, dazu die Übernahme des Defizits der Wiener Stadtwerke würden einen Betrag von 750 Millionen Schilling ausmachen. Rechnet man die Summen für die anderen Forderungen der ÖVP, wie den Bau der U-Bahn, Förderung des Eigentumswohnungsbaus usw. mit einem Betrag von 250 Millionen dazu, ergäbe sich ein unbedeckter Betrag von einer Milliarde Schilling.

Die Ansätze dieser Gruppe rangieren auf der Ausgabenseite an vierter Stelle, daran könne ihre Bedeutung gemessen werden. Die Hauptaufgabe liege darin, die sanitären und hygienischen Voraussetzungen für ein gesundes Leben in dieser Stadt zu schaffen. Stark ist die Belastung der Gemeindefinanzen durch die Ausdehnung der Stadt und die damit verbundenen neuen Kanalanschlüsse und Sammler. Auch die Kanalisation der neuen städtischen Wohnhausanlagen erfordere bedeutende Mittel, ebenso wie die Erhaltung der bereits bestehenden Kanäle. Der Redner richtet sodann an Stadtrat Koci die Bitte, im Einvernehmen mit dem Gaswerk zu erreichen, daß die nach Phenol riechenden Abwässer geruchlos gemacht werden. Für die Bevölkerung der Freihofsiedlung, die unter dieser Geruchsbelastung stark leidet, wäre dies von großer Wichtigkeit.

Groß sind auch die Abgänge der Wasserwerke. Der Wasserverbrauch steigt ständig. Für seine täglich, sicherlich sehr große Menge Wasser zahlt der Wiener aber durchschnittlich nur sechs Groschen. 13 Millionen Schilling wurden als letzte Rate für den Riesenwasserspeicher in Neusiedl am Steinfeld veranschlagt.

Es ist dies ein gewaltiges Bauwerk mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmetern Wasser. Es wird voraussichtlich im Jahre 1958 fertig sein und dann jährlich rund drei Millionen Kubikmeter Wasser zur Verfügung stellen.

Der städtische Bäderbetrieb zeugt bei Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben und dem Gebarungsabgang von 25 Millionen Schilling von dem Bestreben der Stadtverwaltung, der Gesundheit der Bevölkerung zu dienen. Mit dem geplanten Neubau eines Kinderfreibades im 19. Bezirk wird die Stadt Wien über insgesamt 29 Kinderfreibäder verfügen. Der Rückgang in der Benützung der Warmbäder ist in der langsamen Aufwärtsentwicklung zur modernen Wohnkultur zu suchen und auch darin, daß viele Firmen für ihre Beschäftigten Bäder einrichten.

Die Wäschereien zeigen ein fast ausgeglichenes Budget. Der Gebarungsabgang beträgt rund eine Million. Für die Anschaffung moderner Maschinen und Einrichtungen sind 1,1 Millionen veranschlagt. Bei der Stadtreinigung ergibt sich ein Gebarungsabgang von 115 Millionen Schilling. Der hohe Sachaufwand von 84 Millionen wird hier durch den noch höheren Personalaufwand von 108 Millionen übertroffen. Es ist erfreulich, daß auch die Modernisierung der Bedürfnisanstalten fortschreitet.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß sich auch in den Ansätzen der Gruppe VIII der planvolle und vorausschauende Geist einer sozialistischen Verwaltung zeigt. Nachdem die Kriegswunden geheilt sind, zeichnet sich in diesen Abteilungen das Bestreben aus, Neues zu planen und zu schaffen und unsere geliebte Stadt schöner und gesünder zu gestalten. Eine solche Tätigkeit wird von der Bevölkerung sicher anerkannt und gewürdigt werden. (Beifall bei der SPÖ).

./.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Koci zu den in der Debatte geäußerten Befürchtungen, es könnte einmal in Wien Wassermangel auftreten, die Versicherung ab, daß sich die Fachleute seit vielen Jahren ständig um jeden Liter Wasser bemühen, den sie neu gewinnen und unserer Stadt zuführen können. Hier könnte aber auch die Bevölkerung beitragen, wenn sie wirklich unnötigen Wasserverbrauch vermeiden würde. Die Industrie verbraucht vor allem deshalb soviel Wasser, weil sie pro 1.000 Liter Trinkwasser, die sie geliefert erhält, nur 40 Groschen zahlt. Ein so billiges Wasser ist nirgends auf der ganzen Welt zu bekommen.

Zu der Kritik an der Schneesäuberung verwies der Berichterstatter darauf, daß es noch niemand eingefallen ist, bei Hochwasser zu bemängeln, daß die Hochwasserschutzdämme nicht höher gebaut wurden. Der Schnee fällt einmal in größerer und das andere Mal in geringerer Menge. Dazu kommen die verschiedenartigen Witterungsverhältnisse. Die zuständigen Stellen tun alles, um gegenüber den Naturgewalten gerüstet zu sein und der Bevölkerung durch Wegräumen des Schnees zu helfen, doch sind dieser Arbeit Grenzen gezogen. Ich kann nur, sagt Stadtrat Koci, das Versprechen geben, daß wir uns bemühen werden, alles vorzukehren, um eventuellen Katastrophen entsprechend entgegenzutreten zu können. Die Erhöhung der Schneearbeiterlöhne von 5 auf 6 S und bei Nachtarbeit auf 6.50 S wird hoffentlich auch ein Anreiz sein, daß sich mehr Leute zu dieser Arbeit melden werden.

Die Beseitigung der alten Bedürfnisanstalten und ihre Verlegung unter die Erde ist vor allem eine Geldfrage. Die moderne Anlage auf dem Rathausplatz hat nicht weniger als 780.000 S gekostet. Das ist ein Betrag, dessen Ausgabe man sich gut überlegen muß. Wir wollen aber zumindest die häßlichen Häuschen entweder beseitigen oder entsprechend verkleiden.

Hinsichtlich der Anträge des GR. Maller bemerkt der Stadtrat, daß die Hygieniker, die für das gute Trinkwasser und auch für die Gesundheit verantwortlich sind, absolut gegen eine Aufhebung der Chlorung des Wassers sind. Die Beifügung anderer Mittel wäre aber viel zu teuer.

Dem Wunsche nach Errichtung eines Bades in Floridsdorf könne die Stadtverwaltung derzeit leider nicht Rechnung tragen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze dieses Kapitels einstimmig angenommen, während die drei Anträge des GR. Maller der Ablehnung verfallen. (Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Über die Gastärzte wird verhandelt

=====

19. Dezember (RK) Die Verhandlungen über das Gastärzteproblem wurden auch im Laufe des heutigen Tages im Wiener Rathaus fortgesetzt. Der städtische Personalreferent, Stadtrat Riemer, hat sowohl mit Vertretern der Spitalsärzte in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, wie auch mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Prim. Dr. Eberle, Verhandlungen geführt, die eine Klärung der Situation und Lösungsmöglichkeiten bereits erkennen lassen. Übereinstimmend wurde dabei festgestellt, daß eine Fortsetzung der passiven Resistenz der Gastärzte jeder Begründung entbehrt, da die Gemeindeverwaltung durch die von ihr angeordnete Prüfung des Ärztebedarfes in ihren Spitälern und die Fortführung dieser Prüfung bereits ihre Bereitschaft gezeigt hat, die Forderungen der Jungärzte, soweit sie mit dem Bedarf in den Krankenanstalten übereinstimmen, zu erfüllen.

Die Streikbewegung der Gastärzte, die allem Anschein nach unter dem Druck der jüngeren Jahrgänge geführt wird, die selbst bei kürzester Wartezeit ihre sofortige Anstellung durch die Stadt Wien verlangen, ist durch zwei Umstände charakterisiert, durch die sie weder die Unterstützung der Gewerkschaft noch die Sympathien der Öffentlichkeit gewinnen konnte. Das ist die Tatsache, daß mehr als 70 junge Ärzte sofort vollbezahlte Sekundärärztestellen besetzen könnten, wenn sie bereit wären, die in verschiedenen Spitälern außerhalb Wiens freien Posten anzunehmen und daß die Jungärzte ihre passive Resistenz in einem Zeitpunkt fortsetzen, in dem über die Erfüllung ihrer Forderungen bereits verhandelt wird.

- - -

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
=====

19. Dezember (RK) Über die Ansätze des 9. Hauptstückes - Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen - referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er führte unter anderem aus:

Zu Beginn der vorjährigen Budgetdebatte war bereits bekannt, daß das Wohnungsanforderungsgesetz nicht mehr verlängert wird. Ich habe damals gesagt, daß das Ende der Wohnraumbewirtschaftung große Änderungen auf den Wohnungsmarkt hervorrufen wird, die sich auf keinen Fall zum Vorteil der Wohnungssuchenden auswirken werden. Nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern das Geld werde entscheidend sein. Das ablaufende Jahr 1956 hat gezeigt, daß diese Feststellungen nur zu wahr geworden sind. Hätte damals jemand auch nur einen annähernd hohen Ablösebetrag genannt, wie er 1956 tatsächlich verlangt wurde, so hätte wahrscheinlich kein Mitglied dieses Hauses dies für möglich gehalten.

Diese Entwicklung hat nicht nur im Kreise der Wohnungsbedürftigen, sondern auch bei fast allen Gegnern des Wohnungsanforderungsgesetzes Empörung ausgelöst. Eine solche Entwicklung mußte zwangsläufig zu einer neuen, gesetzlichen Regelung für die Vermietung von freien Wohnungen führen.

Gemeinde hat keine Anforderungsmöglichkeit

Das neue Gesetz ist mit 1. Dezember in Kraft getreten und man darf erwarten, daß das Fordern von hohen Ablösebeträgen unmöglich gemacht wird, wenn ich von den im Gesetz selbst vorgesehenen Fällen absehe. Besonders hervorheben möchte ich, daß das neue Gesetz der Gemeinde keine wie immer geartete Anforderungsmöglichkeit gibt. Die zuständige Magistratsabteilung wird genauestens darauf achten, daß die Bestimmungen des Gesetzes auch eingehalten werden.

Die Zahl der Notstandsfälle hat sich während des heurigen Jahres nicht wesentlich verändert. Es wird nach wie vor größter Anstrengungen bedürfen, die Zahl der Notstandsfälle zu senken. Mit 30. November 1956 wurden 14.129 Notstandsfälle gezählt. ./.

Im Frühjahr kommt Spitze der Obdachlosigkeit

Dazu kommen aber in den nächsten Monaten auf jeden Fall 3.000 Familien, die nach 1945 als Untermieter in Wohnungen eingewiesen wurden und später, da die Hauptmieter Eigenbedarf oder sonstige Gründe geltend machten, zur Räumung verurteilt wurden.

Bis zum Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1955 waren in den russisch verwalteten Bezirken die Delogierungen gehemmt worden. Nun leben alle diese Exekutionen wieder auf. Nur die Empfehlung des Herrn Justizministers an die Gerichte, Delogierungen im Winter womöglich nicht durchzuführen, wird uns über einige Monate hinweghelfen. Aber im Frühjahr des kommenden Jahres werden wir mit der Spitze unserer Obdachlosigkeit zu rechnen haben.

Im laufenden Jahre hatten wir, bedingt durch den Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes, natürlich bedeutend weniger Wohnraum zur Verfügung als im Jahre 1955 und die Jahre vorher. In der Berichtszeit wurden untergebracht: 818 obdachlose Familien, 2.366 vor der Obdachlosigkeit stehende Familien, 272 Tbc- und Seuchenfälle, 1.292 Familien, die in überbelegten Wohnungen waren, sowie 1.338 sonstige bedürftige Familien.

Gemeinde besitzt 112.135 Wohnungen

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet mit dem Stande vom 15. November 112.135 Wohnungen und 5.274 Lokale, wovon sich noch in Althäusern 8.327 Wohnungen und 1.852 Lokale befinden. Diese Objekte werden von 61 Haus- und Siedlungsinspektoren und 2.570 Hauswarten betreut.

Die Behebung der Zeitschäden, insbesondere die Überholung der Zwischenkriegsbauten, wurde weiter fortgesetzt. Gleichzeitig wurden die Kriegsschadensbehebungen, vorwiegend für Althäuser, mit Inanspruchnahme des Wiederaufbaufonds fortgesetzt. Für die Durchführung dieser Arbeiten wurden 58,7 Millionen aufgewendet.

Modernisierung der Waschküchen

Schon seit einigen Jahren werden die Waschküchen in den neuerrichteten städtischen Wohnhausbauten mit maschinellen Einrichtungen versehen, sodaß den Mietern dieser Objekte zur Zeit bereits 870 maschinelle Kleinwaschküchen zur Verfügung stehen. In dem übrigen städtischen Hausbesitz gibt es dagegen 5.000 Waschküchen, die keine maschinelle Ausstattung aufweisen. Um sich den mühseligen Waschtage zu erleichtern, benützen viele Hausfrauen Leihmaschinen. Da in den Waschküchen keine elektrischen Anschlüsse vorhanden waren, fand man den Ausweg, den Strom aus der eigenen Wohnung zu beziehen.

Um die dabei entstehenden Gefahren zu vermeiden, haben wir bereits im Vorjahr Schuko-Steckdosen in 2.400 Waschküchen installiert. Diese Arbeiten werden in diesem Winter fortgesetzt.

Noch im laufenden Jahre sollen außerdem 40 moderne gasbeheizte elektrische Waschmaschinen samt elektrischen Zentrifugen aufgestellt werden.

Für die Benützung der nachträglich maschinell ausgestatteten Waschküchen wird versuchsweise keine laufende Waschküchengebühr vorgeschrieben werden, sondern sie werden von den Hausbewohnern auf freiwilliger Basis beansprucht werden können. Die Inbetriebnahme der Waschmaschinen erfolgt über Münzgasmesser.

Die Amtsgebäudegruppe verwaltet derzeit 114 Objekte, wovon sich 108 Amtshäuser und Häuser für verschiedene Zwecke in Wien, der Rest von 6 Objekten außerhalb Wiens befinden.

Nachdem bisher die Regelung der Möbelfrage durch den Nationalrat auf gesetzlichem Wege nicht erfolgte, haben wir uns bemüht, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu helfen. Wenn Benützer auf die Möbel freiwillig verzichteten, haben wir sie den Vorbesitzern, vorläufig zu treuen Händen, zurückgegeben. Insgesamt erfolgten bis jetzt 2727 solcher Rückgaben.

Fast sechs Millionen Quadratmeter Kleingärten

Die Gruppe für Kleingarten- und Siedlungswesen hat mit manchen Schwierigkeiten zu rechnen. Die rege Bautätigkeit der Gemeinde Wien schränkt selbstverständlich die Möglichkeiten, baureife städtische Grundflächen für den Einzel- oder Genossenschaftsbau zur Verfügung zu stellen, wesentlich ein.

Zu Beginn des Jahres stellte die Stadt den Kleingärtnern 5,8 Millionen Quadratmeter Pachtgrund zur Verfügung. Wohl mußten hievon im Laufe des Jahres 39.000 Quadratmeter geräumt werden, um geplante Bauvorhaben zu ermöglichen. Doch wurden gleichzeitig 143.000 Quadratmeter Bodenfläche neu für Kleingartenzwecke bestimmt, sodaß heute der Kleingartenbewegung 5,995.000 Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet, bzw. überwacht derzeit 1,3 Millionen Quadratmeter Ernteland, davon 175.700 Quadratmeter auf privatem Besitz. Die notwendige Freimachung von Erntelandflächen, besonders auf städtischen Gründen, stößt immer auf Widerstand. Es kann hier nur immer wieder versucht werden, Erntelandbenützer zu überzeugen, daß die Freimachung im öffentlichen Interesse unbedingt notwendig ist.

Die Magistratsabteilung 52 hat, da die Kleingartenordnung des Jahres 1936 den heutigen Erfordernissen in vielen Belangen nicht mehr entspricht, im Laufe dieses Jahres den Entwurf für ein zeitgemäßes Wiener Kleingartengesetz ausgearbeitet.

Abschließend dankte Stadtrat Glaserer allen Mitgliedern seines Ausschusses für die gute und loyale Zusammenarbeit und ebenso allen Beamten und Mitarbeitern seiner Geschäftsgruppe. (Beifall bei der SPÖ.)

./.

Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) erklärte, daß im letzten Jahr mindestens 150 Millionen Schilling als Wohnungsablösen den Wienern aus der Tasche gezogen wurden. Aus diesen Geldern wurde keine Steuer entrichtet und auch kein neues Haus gebaut. Das neue Wohnungsgesetz, das der Bevölkerung aufgezwungen worden sei, werde hier keine Abhilfe schaffen, sondern geradezu die Methode der Vergangenheit legalisieren. Das Wohnungsamt könne keine unterbelegte Wohnung anfordern und für die Wohnungssuchenden gebe es keine Qualifikation nach der Bedürftigkeit. Der Ablösesucher werden nicht verschwinden, denn wo es keinen Kläger gibt, gebe es auch keinen Richter. Der Redner verweist darauf, daß in den Zeitungen nach wie vor die Wohnungen zu hohen Summen angeboten werden. Die Folge sei, daß es noch nie eine so hohe Zahl von Notstandsfällen gab wie jetzt. Der größere Teil dieser Menschen sei obdachlos oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht. Die ÖVP habe ihren Grundsatz durchgesetzt. Die sozialistische Gemeinderatsmehrheit werde nach wie vor die Verantwortung für die Wohnungspolitik in Wien tragen müssen, weil sie nicht bereit war, den Kampf um ein bescheidenes Anforderungsgesetz durchzuführen.

Man müßte endlich im Wohnungsamt eine Form finden, die eine Protektion von vornherein ausschließt. Es dürfe nicht vorkommen, daß Menschen, die schon seit Jahren delogiert sind oder an Tbc leiden, bei der Vergabung von Wohnungen immer wieder zurückgestellt werden, während andere Bewerber, die nicht so bedürftig seien, zum Zuge kommen. Man habe Obdachlosenheime aufgelassen, obwohl man wußte, daß man die Obdachlosen nicht unterbringen konnte.

Mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und insbesondere auf Grund des Verhaltens der Sozialisten im Kampf um die Sicherung der Wohnung könne die Fraktion des Redners diesem Budgetkapitel nicht die Zustimmung geben.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) bezeichnet die Wohnungsnot als das schwierigste Problem unserer Stadt. In Wien fehlen derzeit mehr als 62.000 Wohnungen. Wenn man also rechnet, daß die Gemeinde derzeit rund 5.000 Wohnungen im Jahr baut, wären allein 12 1/2 Jahre zur Lösung des Wohnungsproblems notwendig. Es ist zu hoffen, daß das im Parlament beschlossene Wohnraumgesetz gleichfalls zur Lösung beitragen wird. Die Volkspartei, die in erster Linie das Prinzip der Freiheit vertritt, hatte den Versuch unternommen, durch die freie Vermittlung der Wohnungen eine Besserung auf diesem Gebiete zu erzielen. Es mußte aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es so viele gegeben hat, die mit der Wohnungsnot und dem Elend der Ärmsten einen Schacher getrieben haben. Die Volkspartei hat daher an der Schaffung des neuen Wohnraumbeschaffungsgesetzes maßgeblich mitgearbeitet. Die Rednerin stellt fest, daß der Stadtrat sicherlich bemüht ist, das Wohnungsproblem nach der sozialen Bedürftigkeit zu lösen. Hätte dieser Geist schon bei seinen Vorgängern geherrscht, dann wäre es nicht dazu gekommen, daß einzelne bedürftige Fälle schon fünf, sechs, ja sogar sieben Jahre auf eine Wohnung warten. Als dringende Forderung bezeichnet sie die Zuweisung an junge Ehepaare. Man dürfe auch aus Gründen der Familienförderung nicht auf die versprochene Zusammenlegung von im Schnellbauprogramm hergestellten Wohnungen vergessen. Bei der Herausnahme von Ehepaaren mit Kindern aus Kleinwohnungen sollte systematisch und nicht wahllos vorgegangen werden. Erfreulicherweise habe Stadtrat Glaserer auch über die Zuweisung von Wohnungen an alte Hausbesorger, die ihre Arbeit nicht mehr verrichten können, gesprochen. Die Rednerin richtet in diesem Zusammenhang einen Appell an die privaten Hauseigentümer, daß sie in ihren Häusern freiwerdende Wohnungen für ihren alten Hausbesorger zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Als ungerecht bezeichnet sie es, daß in den Barackenlagern viele anständige Familien seit Jahren leben müssen. Man müßte systematisch daran gehen, jene, die am längsten dort sind, und die meisten Kinder haben, zuerst in Wohnungen einzuweisen. Ein besonderes Problem

sei auch das der alten Leute. Man möge sie nicht aus der gewohnten Umgebung herausreißen und ihnen bei der Zuweisung einer Wohnung eine in den unteren Stockwerken geben. Es wollen auch wiederholt Künstler und Wissenschaftler ihre Tätigkeit in Wien ausüben, was gleichfalls oft an dem Wohnungsproblem scheitert. Auch hier müßte geholfen werden.

Die Rednerin stellt fest, daß es in Wien derzeit 14.000 dringende Wohnungsfälle gibt, darüber hinaus 28.000 halbdringende. Die Zahl der minderdringenden Fälle, für die vorläufig keine Aussicht besteht, eine Wohnung zugewiesen zu erhalten, beträgt 5.400. Rechnet man alle jene, die wohl eine Wohnung brauchen, sich aber wegen der Aussichtslosigkeit eine zu erhalten, beim Wohnungsamt nicht angemeldet haben, hinzu, kommt man auf 62.000 Wohnungen, die in Wien fehlen. Der kommunale Wohnungsbau sei aus diesem Grunde eine dringende Notwendigkeit. Er allein wird aber das Wohnungsproblem nicht lösen können. Es muß zusätzlich Wohnraum geschaffen und alle Mittel hierfür herangezogen werden. Durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, den genossenschaftlichen Wohnungsbau und aus Mitteln der Wohnbauförderung können jährlich bestenfalls 10.000 bis 12.000 Wohnungen gebaut werden. Wenn sich also alle zuständigen Stellen bemühen, und auch dem Bau von Eigenheimen alle Förderung angedeihen lassen, könnte die Wohnungsnot in fünf bis sechs Jahren gelindert werden. An den Stadtrat richtet die Rednerin den Appell, alle Neubauwohnungen und alle nach dem neuen Gesetz anfallenden Wohnungen gerecht nach sozialen Gesichtspunkten und der Bedürftigkeit zu verteilen. Dadurch könnten im kommenden Jahr wenigstens die dringendsten Fälle erledigt werden. Es mögen alle ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß in Wien freie, gesunde und glückliche Menschen in gesunden Wohnungen leben und für eine glückliche Entwicklung unserer Stadt arbeiten können. Ihre Fraktion werden den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr. Jakl (SPÖ) führt aus, daß die Geschäftsgruppe IX im Brennpunkt der Öffentlichkeit steht. Die Gemeinde Wien hat sich hier eine schier unlösbare Aufgabe gestellt; allerdings wurde erst als Sozialisten in die Gemeindestube einzogen, damit begonnen, das Wohnungsproblem zu lösen, und zwar gegen starken Widerstand. Die Sozialisten bauten jedoch weiter. ./.

Wir können heute sagen, daß der Weg, der damals eingeschlagen wurde, der richtige war. Es freut uns, aus den Ausführungen der ÖVP-Debattenrednerin entnehmen zu können, daß auch die Volkspartei bereit ist, die Sozialisten dabei zu unterstützen.

100.000 Gemeindewohnungen wurden in Wien gebaut. Freilich sind es noch immer zu wenig. Aber wenn es kein 1934 und kein 1938 gegeben und die Gemeinde weitergebaut hätte, wären es heute noch um 72.000 Wohnungen mehr. Berücksichtigt man, daß dann auch nicht im Krieg 86.000 Wohnungen zerstört worden wären, so hätten wir um 158.000 Wohnungen mehr. Dann wäre das Wohnungsproblem in Wien bereits gelöst.

Als der Redner über das abgelaufene Wohnungsanforderungsgesetz spricht und die Nichtverlängerung des Gesetzes bedauert, kommt es zu Zwischenrufen von seiten der ÖVP, die darauf hinweisen, daß die Nichtverlängerung im Ministerrat einstimmig beschlossen wurde. Aus den Reihen der SPÖ wird dem entgegengehalten, daß das Gesetz automatisch abgelaufen ist. Der Redner betont schließlich, daß er nicht von der Schuld der Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes gesprochen habe, sondern nur davon, wie man sich die Auswirkungen der Aufhebung zuerst vorgestellt habe. Dr. Jakl weist ferner darauf hin, daß von seiten der Hausbesitzer immer nur eine Zinserhöhung als einziges Mittel zur Lösung der Wohnungsnot bezeichnet werde. Dies könne jedoch keine Lösung sein. Höhere Mieten würden auch automatisch Lohnforderungen nach sich ziehen.

Der Redner wendet sich dann dem neuen Gesetz über die Vermietung freier Wohnungen zu, das auch nicht alle Wünsche befriedigt. Es bringe jedoch immerhin Verbesserungen.

Unter Hinweis darauf, daß auch die ÖVP an der Lösung des Wohnungsproblems interessiert sein müsse, erneuert der Redner die Forderung nach einem Bodenbeschaffungsgesetz und ersucht, gemeinsam mit den Sozialisten einen Reparaturausgleichsfonds zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend weist Dr. Jakl darauf hin, daß die Gemeinde Wien bestrebt ist, die Wohnungen immer bequemer zu gestalten. Er dankt Stadtrat Glaserer besonders dafür, daß nun auch in den alten Gemeindebauten Waschmaschinen in den Waschküchen aufgestellt werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Glaserer weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß bei den Berechnungen, die darauf hinauslaufen, in wieviel Jahren die Wohnungsnot beseitigt werden kann, meist auf den Substanzverlust vergessen wird, wozu alle Assanierungsfälle zählen. Aus den Worten der Gemeinderätin Hiltl müßte man folgern, daß die Gemeinde Wien zu viel kleine und zu wenig große Wohnungen baut. Gerade das letzte Jahr hat aber bewiesen, daß die Gemeinde zu wenig kleine Wohnungen hat, weil in diesem Jahr rund 1.300 Einsturzfälle zu bereinigen waren und in diesen alten Häusern vorwiegend ältere Leute wohnen.

Der Fall des Prof. Schrödinger sei keine Wiener, sondern eine österreichische Angelegenheit gewesen. Der Stadtrat habe Prof. Schrödinger die größte zur Verfügung stehende Wohnung in der Innenstadt, in der der Gelehrte wohnen wollte, angeboten, dieser mußte aber ablehnen, weil er seine Bücherei nicht unterbrachte. Ein Appell an die Hausbesitzer, für Prof. Schrödinger eine geeignete Wohnung zur Verfügung zu stellen, zeitigte leider nicht den geeigneten Erfolg.

Der Berichterstatter dankt schließlich den Debattenrednern dafür, daß sie für dieses Kapitel, das nach wie vor ein neuralgischer Punkt in der Kommunalverwaltung ist, so viel Verständnis aufgebracht haben.

Hierauf wurden die Ansätze dieser Budgetgruppe mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

- . -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus werden morgen Donnerstag, um 9 Uhr früh, mit den Beratungen über das 10. Hauptstück - Wirtschaftsangelegenheiten - fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Bauer.

- - -